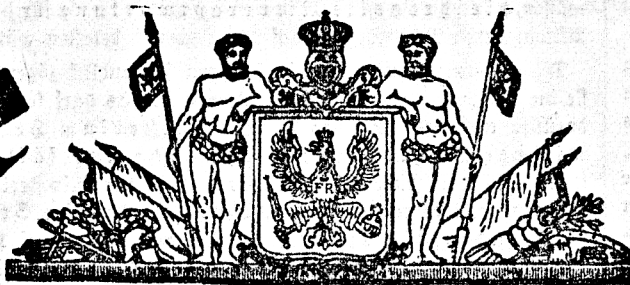


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Russisches Ultimatum an Rumänien.

### Oesterreichische Offiziere in Rumänien verhaftet.

Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.  
Petersburg, 15. Januar.

Der Kommandant der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternommen und keinen Lebensmitteltransport durchlassen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschuß des 195. Regiments und österreichische Offiziere, die zum Besuch der russischen Offiziere gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommissare verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Bestrafung der militärischen Behörden, die die Verhaftungen vorgenommen haben, und Sicherheiten dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht erfolgt, wird unsere Reklamation als ein neuer Bruch betrachtet werden, und wir werden die nächstbrüchlichsten militärischen Maßnahmen treffen.

gez. Lenin, Oberbefehlshaber Krylenko  
und Kriegsbefehlshaber Podwoiski.

### Belagernahme der rumänischen Flotte.

Drahtmeldung.

Petersburg (indirekt), 17. Januar.

Nach einer Meldung des „Dien“ aus Odessa ordnete der lokale Ausschuß des dortigen Sowjet die Beschlagnahme sämtlicher rumänischer Schiffe im Hafen von Odessa an. Es handelt sich hierbei um sechzehn Fahrzeuge, die sich anlässlich der Offensive gegen die Donaufront in den Hafen von Odessa geflüchtet hatten. Darunter befinden sich zwei Torpedoboote und drei Kanonenboote. Diese Fahrzeuge erhielten bolschewistische Besatzungen. Zwei rumänische Fahrzeuge gelang es, rechtzeitig zu entkommen.

### Rückkehr des Kronprinzen zur Front.

Das Ende der Berliner Besprechungen.

Der Kronprinz ist gestern an die Front zurückgekehrt. — Während seines Berliner Aufenthaltes wurde er wiederholt vom Kaiser empfangen und hatte auch Gelegenheit, mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff, dem Reichskanzler Grafen Hertling, dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Frhrn. von Stein, dem früheren Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich und anderen hervorragenden Persönlichkeiten des politischen Lebens Unterredungen zu pflegen.

Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Chefs des Admiralsstabes und den des Chefs des Militärkabinetts. Am 16. Januar, abends, empfing Seine Majestät den neuernannten Chef des Stabkabinetts, bisherigen Oberpräsidenten v. Berg, zur Meldung.

### Die österreichische Regierungskrise.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

fr Wien, 17. Januar.

Wie schon berichtet, war in den letzten Tagen in Wien das Gerücht im Umlauf, daß sich das Kabinett Seidler in einer Krise befinde. Dieses Gerücht ist vom Ministerrats-Präsidium als haltlos bezeichnet worden. Daß es aber doch eine greifbare Grundlage hat, beweist ein Artikel des heutigen „Freundenblatt“, das in nahen Beziehungen zu unserem Auswärtigen Amt steht. In diesem Artikel, der in politischen Kreisen das größte Aufsehen erregt, heißt es u. a.: „Die Cadgasse, in die die Regierung zu geraten droht, hat sie sich durch ununterbrochenes Schiebenlassen selbst erbaut. Die Energielosigkeit, der Mangel an Initiative und Arbeitskraft haben es mit sich gebracht, daß der Ministerpräsident nunmehr auch das Vertrauen jener Kreise schwinden sieht, auf deren Unterstützung zu zählen er weniger als Person, denn als Vertreter des Staates unstreitig sich berechnen konnte. Wir sind der Verheißungen

müde, die wie Seifenblasen glänzen und ebenso schnell in ein Nichts zerstäuben. Jene, die inhalts- und wesenlose Erklärungen machen, müssen sich darüber klar sein, daß über die Dauer des Vertrauens in erster Linie die Haltung der Regierung entscheidet. Das Kabinett Seidler hat seine Macht niemals in den Dienst der Erreichung der programmatisch angekündigten Ziele gestellt, und sein Heil mehr in der Vertuschung der Folgeerscheinungen als in der Bekämpfung der Uebel gesucht.“

Nach diesem Artikel kann die Lage der Regierung mit Sicherheit als erschüttert bezeichnet werden.

### Erklärung Seidlers über Brest-Litowk.

Meldung des Wiener I. I. Tel.-Korr.-Büros.

Wien, 17. Januar.

Im Budget-Ausschuß des Abgeordnetenhauses machte Ministerpräsident von Seidler heute im Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen Grafen Czernin einige Erklärungen über den Stand der Verhandlungen in Brest-Litowk. Er führte aus:

„Die wesentlichste Bedeutung kommt den Beratungen jener Kommission zu, welche sich mit der Regelung der sogenannten politischen und territorialen Fragen im Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland einerseits und Rußland andererseits befaßt. Die Beratungen dieser Kommission befinden sich derzeit im Stadium der Formulierung der beiderseitigen Standpunkte. Hierbei trat bereits eine solche Klärung der Anschauungen ein, daß sie gegenüber dem Stande der Verhandlungen am 27. Dezember als entschiedener Fortschritt bezeichnet werden muß. Andererseits geht aus den Communiqués hervor, daß diese Klärung der beiderseitigen Standpunkte allerdings noch nicht die Stille erkennen läßt, auf welcher die von beiden Seiten mit gleichem Ernste angestrebte Ausgleichung erfolgen soll. Die Schwierigkeiten, die im Laufe dieser Verhandlungen noch zu besetzen sind, dürfen nicht unterschätzt werden. Das ganze Streben des Ministers des Auswärtigen ist darauf gerichtet, im Sinne des von ihm in der Friedensfrage stets eingenommenen und öffentlich vertretenen Standpunktes zu einer Verständigung zu gelangen, welche auf dem Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen fußt, und welche gleichzeitig unter Wahrung der Gesichtspunkte der Gegenseite die eigenen Interessen wahrt. Der Minister des Auswärtigen blüht der weiteren Entwicklung der Beratungen mit Vertrauen entgegen und zweifelt nicht, daß es gelingen wird, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, welcher die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar für die Zukunft sichert.“

Der Ministerpräsident bemerkte schließlich: „Ich möchte dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck geben, daß ich bald in der Lage sein werde, dem Reichsrat noch günstigere Nachrichten mitzuteilen als heute.“

### Bevorstehende Verhaftung Sarrails?

Drahtmeldung.

Genf, 17. Januar.

Wie die „Eggen-Korrespondenz“ erfährt, verlautet in den Wandelgängen des französischen Senats, daß die Verhaftung des Generals Sarrail wegen seiner Beziehungen zu Caillaux bevorstehe.

Eine Andeutung, daß Sarrail in eine „Affäre“ verwickelt sei, hat der bulgarische Gesandte in Bern, Passarow, einem Vertreter des Berner „Bund“, gegenüber gemacht.

Der Deputierte Loukalot ist, wie Savas meldet, verhaftet worden.

(Siehe auch vierte Seite.)

### Der deutsche Abendbericht.

Amliche Meldung.

Berlin, 17. Januar, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Wahlrechtstaktik.

Die Gegner des gleichen Wahlrechts halten es für angebracht, immer wieder zu behaupten, daß das Wahlrechtsversprechen von der Krone in einer Zwangslage gegeben worden sei. Sie deutet damit an, es wäre der Krone vielleicht gar nicht so unangenehm, wenn die Unmöglichkeit dargetan würde, dieses Versprechen zu erfüllen. Die moralische Seite einer solchen Politik bleibe dahingestellt, aber sozial ist sicher, daß die Folgen einer Nichterfüllung des Versprechens weit über das hinausgehen, was beabsichtigt werden mußte, als es gegeben wurde. Bestand damals wirklich eine Zwangslage, so ist sie heute doppelt und dreifach gegeben.

Es ist ganz falsch, die Reformvorlagen vom 20. November 1917 als rein persönliche Hinterlassenschaft der Reichsmannschaft zu betrachten, als eine im Grund unnütze Belastung, die man auf gute Art wieder los zu werden trachten müsse. In den „Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung“ hat Friedrich Thimme — ein konservativer Politiker — neuerdings die Vorgeschichte des Oster-Erlasses und der Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli 1917 übersichtlich zusammengestellt und es damit unseren schnell vergessenden Politikern ermöglicht, sich einwandfrei zu überzeugen, daß es sich um eine notwendige und folgerichtige Entwicklung handelte, der jede Regierung Rechnung tragen mußte und muß. Hinter dem Versprechen der Krone stand nicht nur die Persönlichkeit des fünften Kanzlers, sondern zugleich die des Kaisers und Königs, nicht nur die große Mehrheit des Reichstages einschließlich der nationalliberalen Partei, deren Führer mit besonderem Eifer die Reformnotwendigkeit betonten, sondern ganz sicher auch die breiten Massen des Volkes, und schließlich das große, gewaltige Erbe des Weltkrieges, „alles in allem ein ungeheures Liebergewicht, zugunsten des gleichen Wahlrechts“. Anfangs Juli, als das Wiederzusammentreten des Reichstages bevorstand, lag begründete Veranlassung vor, die mehrfach erfolgten Verheißungen einer Neuorientierung in bestimmte und bindende Form zu kleiden:

„Damals wurde es“, so sagt Thimme, „für weitere Kriege des Volkes offenbar, daß weder die Ergebnisse des Landkrieges noch die des Unterseebootkrieges danach angetan waren, in absehbarer Zeit ein Ende des Krieges herbeizuführen. Dazu erreichten die Ernährungsschwierigkeiten mit dem Eintritt in das letzte Vierteljahr vor der Ernte eine solche Höhe, daß für die Regierenden die Frage immer dringender werden mußte, mit welchen Mitteln das Durchhalten der breiten Volksmassen zu befördern, und wie die sozialdemokratische Arbeiterschaft, auf die die kaum zu überschätzenden Ergebnisse der russischen Revolution nicht ohne Eindruck hatten bleiben können, auch weiterhin bei der Politik des 4. August festzuhalten sein möchte.“

Und heute? Unsere Ernährungsbasis ist trotz des Futtermittelmangels in diesem Jahr zweifellos etwas breiter als im vorigen Frühjahr. Niemand bezweifelt, daß wir durchkommen werden. Aber auch auf diesem Gebiet bleibt die Belastungsprobe schwer. Wir dürfen nicht vergessen, daß die natürliche Ungleichheit der Menschen, die ja schon Rousseaus Erbkriegsarbeit behandelt hat, sich gegen den Rationierungszwang mit jedem Monat stärker auflehnt und daß die moralische Standfestigkeit in Sachen der Ernährungsvorschriften in einem Stadium traurigen Verfalls ist, und zwar ohne Unterschlag des Standes, ganz gleichmäßig in Stadt und Land. Diese Dinge tragen nicht dazu bei, den Gemeingeist zu stärken und das Verhältnis zum Staat auf jener Höhe der Befassung zu halten, die der Instinkt der Selbsterhaltung der Nation in den Augusttagen 1914 geschaffen hatte. Unsere Kriegslage ist ohne Zweifel günstig und die Zuversicht auf ein gutes Ende stärker als je. Immerhin stellt der Gang der Verhandlungen in Brest-Litowk das Vertrauen der Bevölkerung zu seiner politischen Führung auf eine harte Probe. Erwartungen sind erweckt worden, die zumindest verflücht und gelinde gesagt, allzu optimistisch waren. Eine gewisse Enttäuschung ist nicht ausgeschlossen. Solche Zwischenfälle lassen sich um so leichter überwinden, je pflichtlicher die Stimmung der breiten Massen behandelt wird. Unsere ganze Außenpolitik hat ja doch zur Voraussetzung und Grundlage die Geschlossenheit der inneren Front.

Unter diesen Umständen bedeutet die Art der Behandlung der Wahlrechtsfrage keineswegs eine Privatangelegenheit der 35 Mitglieder der Landtagskommission, sondern eine Frage von eminentem Gewicht für die ganze Nation. Deshalb muß alles geschick-